

Antrag

der Fraktion der AfD

Terror von links verhindern und verfolgen

- I. Die Landesregierung möge in Bezug auf die Plünderungen, Brandschätzungen und Ausschreitungen im Zeitraum des G20-Gipfels 2017 in Hamburg berichten,
 1. wie viele Ermittlungsverfahren wegen Straftaten, die sich gegen Thüringer Polizeibeamte richteten, eröffnet wurden (bitte Straftatbestände angeben);
 2. welcher Sachschaden an den Dienstfahrzeugen und der Ausrüstung der Thüringer Polizei entstand;
 3. welche Erkenntnisse die Landesregierung über Aufrufe von politischen Parteien, Personenzusammenschlüssen, Vereinigungen und Einzelpersonen in Thüringen zur Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg hat (bitte insbesondere Aufrufe zur Teilnahme oder Unterstützung des Bündnisses "Welcome to hell" benennen);
 4. welche Erkenntnisse die Landesregierung über die Beteiligung von Abgeordneten des Thüringer Landtags an Demonstrationen, Kundgebungen und Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel hat, bei welchen es zu Gewalt gegen Polizeibeamte gekommen ist;
 5. wie viele Personen aus Thüringen sich nach Kenntnis der Landesregierung an Demonstrationen, Kundgebungen und Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg beteiligt haben (bitte insbesondere auf die Zugehörigkeit zum linken beziehungsweise linksextremen Spektrum eingehen).
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. eine Kompetenzstelle zur Erforschung des Linksextremismus in Thüringen einzurichten;
 2. eine Präventionsstelle "Linksextremismus" beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales einzuführen und den Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz, Landeskriminalamt, Landespolizei) die notwendigen Ressourcen an die Hand zu geben, um sowohl präventiv als auch repressiv gegen linksextremistische Bestrebungen in Thüringen effektiv vorgehen zu können;
 3. unverzüglich eine Extremismusklausel einzuführen, bei deren Nichteinhaltung eine Förderung von Projekten durch Steuergelder unmöglich ist beziehungsweise bereits bewilligte Haushaltsmittel zurückgefordert werden müssen;
 4. sich zur Vermeidung von massivem Missbrauch von Presseausweisen durch sogenannte Antifa-Fotografen im Bundesrat für die Einführung eines bundeseinheitlichen Presseausweises und entsprechender Vergabestandards einzusetzen;

5. angesichts massiver gewalttätiger linksextremer Übergriffe in Thüringen ein Konzept zur Gewährleistung der Chancengleichheit aller politischen Parteien im Bundestagswahlkampf zu erstellen und umzusetzen;
6. zu prüfen, inwiefern die unter dem Euphemismus "Antifa" auftretenden Gruppierungen linksextremer Gewalttäter und Unterstützer als terroristische Vereinigungen verboten werden können.

Begründung:

An der Absicherung des G20-Gipfels in Hamburg 2017 nahmen rund 450 Thüringer Polizeibeamte teil. Zahlreiche Gruppierungen, die dem linken Spektrum zuzuordnen sind, hatten im Vorfeld zu Protest, "Widerstandsaktionen" und Kundgebungen aufgerufen. Es kam in der Folge zu absehbaren schweren Ausschreitungen, Plünderungen und Brandschätzungen.

Das unglaubliche Ausmaß des durch dem linken Spektrum zuzurechnende Personen vorsätzlich oder fahrlässig entfachten Straßenterrors erschütterte nicht nur die direkt betroffene Bevölkerung von Hamburg, sondern auch weit über die Grenzen unseres Landes hinaus all jene, die derartige Szenen in Deutschland nicht für möglich gehalten haben. Die Plünderungen und Brandschätzungen von Hamburg sind Ergebnis der Weigerung, sich mit der Gefahr durch den Linksextremismus auseinanderzusetzen. Beispielhaft hierfür steht die (nicht in Bezug auf den G20-Gipfel, sondern in anderem Zusammenhang erfolgte) Äußerung der ehemaligen Bundesministerin Manuela Schwesig, nach der Linksextremismus ein "aufgebauschtes Problem" wäre.

Auch in Thüringen konnte die linksextreme Szene unter Rot-Rot-Grün immer weiter erstarken. Linksextreme Gewalttäter, sogenannte Antifaschisten und Autonome, greifen Andersdenkende körperlich an, beschädigen deren Wohnungen, Häuser und Geschäftsräume. Eigentümer von Veranstaltungsräumen müssen mit Sachbeschädigungen rechnen, wenn sie mit politischen Wettbewerbern der regierungstragenden Parteien zusammenarbeiten. Einsatzmittel der Polizei werden zerstört und die Bürger unseres Landes werden regelmäßig an der Ausübung ihres Grundrechts auf Versammlungsfreiheit gehindert.

Eine geringe Aufklärungsquote zeigt auch in Thüringen, dass die Landesregierung nicht willens ist, das demokratiegefährdende Potenzial linker Ideologie zu erkennen, sich mit den Verflechtungen, die bis in die eigenen Reihen reichen, auseinanderzusetzen und im Ergebnis linksextreme Straftäter konsequent zu verfolgen.

Im Gegenteil: In Thüringen können linke Gewalttäter auf den Schulterchluss mit den regierungstragenden Parteien sowie deren auf der Straße und gegenüber den politischen Konkurrenten aggressiv auftretenden Jugendorganisationen vertrauen. Mit Informationsmaterial und Publikationen werden sie in Thüringen dabei auch durch bestimmte, von Linksextremen geführte oder unterwanderte Gewerkschaften unterstützt und linksextreme Vereinigungen werden durch steuerfinanzierte Mittel aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gefördert.

Auch die CDU hatte in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung zum Beispiel durch die Hinnahme der Abschaffung der Extremismusklausel im Zusammenhang mit der Förderung von Projekten durch Steuergelder und einer allzu unbefangenen Anlehnung an Veranstaltungen unter Beteiligung von Linksextremisten dafür gesorgt, dass in Deutschland und

Thüringen mittlerweile ein gesellschaftliches Klima herrscht, welches die vom Grundgesetz geforderte Chancengleichheit im politischen Wettbewerb unterbindet.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse um den G20-Gipfel in Hamburg ist es höchste Zeit, entschiedene Maßnahmen gegen die Verursacher und Unterstützer des politischen Extremismus von links zu ergreifen.

Für die Fraktion:

Möller